



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
42. Sitzung des Werkausschusses EBL

Sitzungstermin:	Donnerstag, 14.09.2017	
Sitzungsbeginn:	16:35 Uhr	
Sitzungsende:	18:06 Uhr	
Sitzungsort:	Kantine Entsorgungsbetriebe Lübeck, Malmöstraße 22, Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Henri Abler- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Dr. Michaela Blunk- FDP	Vertretung für: Herrn Thomas Rathcke	
Anka Grädner- Bü90/DIEGRÜNEN	Vertretung für: Frau Silke Mählenhoff	
Dr. Marek Lengen- SPD	Vertretung für: Herrn Frank Zahn	
Rüdiger Longuet- CDU	Vertretung für: Herrn Ulrich Krause	
Peter Reinhardt- SPD		
Brigitte Ziebell- CDU	Vertretung für: Herrn Dirk Freitag	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Günter Büttner- CDU		
Dr. Volker Koß- grün+alternativ+links (GAL)		
Klaus Hinrich Rohlf- CDU		
Lars Ulrich- BfL		
Martin Kucharzik- CDU	Vertretung für: Herrn Dieter Rosenbohm	
Verwaltung		
Martin Greggersen-	EBL	
Senator Ludger Hinsen-	FB 3	
Nikolaus Laternus-	SBV EBL	
Tino Martsch-	EBL	
Stefan Schmedemann-	EBL	
Ingo Stahlkopf-	PR EBL	
Cornelia Tews-	EBL	
Enno Thyen-	Spartenleiter Stadtentwässerung	
Bernd Timm-	PR SRL	
Dr. Jan-Dirk, Verwey- Entsorgungsbetriebe Lübeck	Direktor EBL	

Erhard Wilcken-	GF WA EBL
Protokollführung	
Undine Wetter-	EBL Protokollführerin
Gäste	
Kai Dordowsky-	LN - nur öffentl. Teil
Bernd Mewes- BfL	BfL
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Harald Quirder- SPD	fehlt entschuldigt
Bruno Böhm- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	fehlt entschuldigt
Dirk Freitag- CDU	fehlt entschuldigt
Ulrich Krause- CDU	fehlt entschuldigt
Silke Mählenhoff- Bü90/DIEGRÜNEN	fehlt entschuldigt
Thomas Rathcke- FDP	fehlt entschuldigt
Frank Zahn- SPD	fehlt entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Thomas Wiese- SPD	fehlt entschuldigt
Dieter Rosenbohm- BfL	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
3.	Feststellung der Niederschrift der 41. Sitzung des Werkausschusses am 27.07.2017 – öffentlicher Teil
4.	Mitteilungen
4.1.	Mitteilungen der Fachbereichsleitung
4.2.	Mitteilungen der Werkleitung
4.2.1.	Arbeitsstand Straßenreinigungs-/Straßenreinigungsgebührensatzung
4.2.2.	Bauvorhaben Mohnsteg/Kornweg
5.	Vorlagen
6.	Berichte
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern
9.	Verschiedenes
15.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Sitzung verpflichtet der Vorsitzende durch Handschlag Frau Anka Grädner nach § 46 Abs. 6 GO Schl.-H. auf die gewissenhafte Erfüllung der Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, den TOP 4.2.1 ebenso im nichtöffentlichen Teil als neuen TOP 11.2.2 mit aufzunehmen.

Der Ausschuss erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden und beschließt einstimmig die Tagesordnung mit der Ergänzung und unter Zuordnung der als vertraulich zu behandelnden Tagesordnungspunkte für den nichtöffentlichen Teil.

zu 3 Feststellung der Niederschrift der 41. Sitzung des Werkausschusses am 27.07.2017 – öffentlicher Teil

Der Ausschuss stellt die Niederschrift Nr. 41 vom 27.07.2017 (öffentlicher Teil) durch einstimmigen Beschluss fest.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

Herr Senator Hinsen wird gemeinsam im TOP 4.2.1 zum Thema Straßenreinigungsgebührensatzung berichten und unterstreicht gleichzeitig, dass es sehr wichtig sei, die Politik von Anfang an in die Diskussion mit einzubeziehen. Er betont das Allgemeininteresse und erklärt, dass es sich vordergründig um Verteilungsfragen, weniger um Entlastungsfragen handele.

zu 4.2 Mitteilungen der Werkleitung

zu 4.2.1 Arbeitsstand Straßenreinigungs-/Straßenreinigungsgebührensatzung

Herr Dr. Verwey erläutert die weiteren Aktivitäten zur Neu-Kalkulation der Straßenreinigungs-/Straßenreinigungsgebührensatzung. Wie bereits bekannt, sei die EBL vom OVG verurteilt worden, neue Gebührensätze zu kalkulieren. Hierzu schlage die Hansestadt Lübeck einen mehrstufigen Prozess vor, der in den nächsten drei Werkausschuss-Sitzungen ausführlich vorgestellt, diskutiert, beraten und am Ende durch die Gremien beschlossen werden sollte. Herr Dr. Verwey erklärt, dass verschiedene Themen zur Diskussion stünden, wie z. B. der Zeitplan für das Verfahren, das Allgemeininteresse, die Über- und Unterdeckung und die Kalkulationszeiträume. Die Neu-Fassung sollte in der Bürgerschaft am 28.11.2017 beschlossen werden, damit zum 01.01.2018 eine neue Satzung Inkrafttreten könnte.

Gleichfalls sei wichtig, sich frühzeitig mit dem Kläger, dem Mieterverein Haus & Grund und der Wohnungswirtschaft zusammzusetzen, um einen gemeinsamen Konsens zum Normenkontrollverfahren zu erzielen. Die Gesprächsangebote hierzu liegen vor.

Herr Reinhardt sieht den Zeitplan kritisch und merkt an, dass die Politik diesmal sehr vorsichtig mit einer Entscheidung umgehen werde. Herr Dr. Verwey verweist auf eine Zeitschiene von 3 Monaten, die ausreichend sein sollte. Jedoch sieht er auch das Thema Allgemeininteresse als schwierigen Punkt.

Im weiteren Verlauf erläutert Herr Dr. Verwey die Ermittlung des Allgemeininteresses nach dem Urteil des OVG in fünf Schritten und stellt diese anhand einer Präsentation einzeln vor, wie beispielsweise die Bildung von Straßenklassen nach Verkehrsbelastung, die Einzelfallprüfung von Straßen auf Anlieger-/Durchgangsverkehr bzw. auch die Definition von Allgemeininteresse. Ergänzend hierzu gibt er bekannt, dass das Gericht das Modell zum Ergebnis der Bildung von Straßenklassen für Lübeck nicht beanstandet habe.

Die Fragen von Frau Grädner und den Herren Dr. Koß, Rohlf und Kucharzik zum Modell Straßenklassen sowie Allgemeininteresse beantworten Herr Dr. Verwey und Herr Senator Hinsen. Das entscheidende Kriterium sei immer das Anliegerinteresse. Das OVG Urteil besagt, dass die Hansestadt Lübeck mehr als die jetzt angesetzten 15 % der Winterdienst-Kosten tragen müsse.

Herr Ulrich schlägt vor, nach dem vorgestellten Modell zu berechnen.

zu 4.2.2 Bauvorhaben Mohnsteg/Kornweg

Herr Dr. Verwey gibt bekannt, dass diese Baumaßnahme vor dem Hintergrund von Straßen- ausbaubeiträgen in der Öffentlichkeit diskutiert worden sei. Er möchte nunmehr die Rolle der EBL vorstellen und die Grenzen aufzeigen. Hierzu erläutert er die klassische Trennungsmaß- nahme mit Hausanschlussverlegung auf die Grundstücke. Im Vorfeld werden Eigentümer über die Baumaßnahme der EBL per Brief informiert. Auch Ortstermine werden angeboten. Ein weiteres Schreiben mit dem jeweiligen Baubeginn wird an die Anwohner versandt. Die EBL sei zuständig für die Grundstücksanschlüsse, wofür keine Extrabeiträge verlangt wer- den. Für die Aufwandsdeckung zahlen die Bürger Gebühren.

Herr Dr. Verwey führt weiter aus, dass die Entwässerung der Straße in einen anderen Aufga- benbereich falle, nämlich in den des Straßenbaulastträgers, den Fachbereich 5 – Stadtgrün und Verkehr. Die Regenwasserleitung in der Straße werde von beiden (Grundstückseigentü- mer und Straßenbaulastträger) genutzt und hälftig finanziert. Die Hausanschlüsse werden vollständig von den EBL, die Anschlüsse zu den Straßeneinläufen vollständig vom Straßen- baulastträger finanziert. Die EBL stelle die Kosten für Straßenregenentwässerung dem Stra- ßenbaulastträger in Rechnung. Die EBL verlange keine zusätzlichen Kosten von den Grund- stückseigentümern.

Ein Grundstückseigentümer hatte eine unvollständige Antwort erhalten. Dies sei in der Rück- schau in einem Einzelfall unglücklich gelaufen, erklärt Herr Dr. Verwey. Die allgemeinen An- schreiben der EBL wurden bereits seit längerer Zeit mit einem entsprechenden klaren Hin- weis angepasst.

Der Vorsitzende stellt fest, dass dies in Abständen ein Dauerthema sei und könne sich dies nicht erklären. Teilweise würden die Bescheide für Ausbaubeiträge erst Jahre später gestellt und fragt, ob das nicht zeitnah passieren könne. Herr Senator Hinsen versteht den Einwand und verweist zu diesem Thema auf den Fachbereich 5.

Die Herren Rohlf und Reinhardt schlagen Herrn Senator Hinsen vor, das Thema auf einer der nächsten Senatssitzung anzusprechen. Dies sagt Herr Senator Hinsen zu.

zu 5 Vorlagen

Keine.

zu 6 Berichte

Keine.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Keine.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Keine.

zu 9 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt um 17:22 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

zu 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende erklärt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung 2 Beschlüsse gefasst worden seien und schließt die Sitzung um 18:06 Uhr.

Lübeck, den 6. Dezember 2017

Henri Abler
Vorsitzende/r

Undine Wetter
Protokollführung